

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Bei einem negativen Saldo der Arbeitsmigration verliert Belarus an die reicheren Nachbarn eher hochqualifizierte und bekommt weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Angesichts der sich gegenwärtig im Sinkflug befindenden belarussischen Wirtschaft werden sich diese Tendenzen eher verstärken.

### **Belgien, Luxemburg und die Niederlande**

*Dr. Stefan Gehrold / Tina Mercep (30.09.2015)*

Laut einer jüngst durchgeführten Meinungsumfrage im belgischen Fernsehen denken 7 von 10 Belgiern, dass es in ihrem Heimatland zu viele Migranten gibt. In der aktuellen Situation verschärft sich auch der Ton in den Benelux-Staaten aufgrund eines immer angespannteren Klimas in Bezug auf die Migrationsthematik.

Vor der Einwanderungsbehörde in Brüssel, die die zentrale Anlaufstelle für alle sich registrierenden Flüchtlinge in Belgien ist, leben diese in Zelten und warten seit Wochen auf eine Verbesserung ihrer Lage. Täglich kommen 600 neue Asylsuchende hinzu. Etwa 200 Anträge können pro Tag bearbeitet werden. Theo Francken, Staatssekretär für Asyl und Immigration, sagt die Lage sei unter Kontrolle, dennoch gebe es eine gewisse Kapazität, die nicht überschritten werden dürfe. Die meisten Ankömmlinge kommen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea und Somalia. Ein Ende des Ansturms ist nicht in Sicht, sodass schnellstmöglich 6.000 neue Auffangplätze geschaffen werden sollen. Seit Anfang des Jahres wurde über 8.000 Menschen das Recht auf einen Flüchtlingsstatus gewährt. Durch den weiter anhaltenden Strom von Asylsuchenden entstand im Parc Maximilien in der Nähe des Gare du Nord ein großes Zeltlager, welches den belgischen und europäischen Würdenträgern die Krise vor die Haustür brachte. Durch das gemeinsame Engagement von fünf NGOs und mit Hilfe von Spendengeldern konnte dieses zeitlich befristete Auffanglager in der Nähe des offiziellen Flüchtlingsbüros errichtet werden. Zu Beginn seien die Zustände in diesem Lager, Zeitungsberichten zufolge, menschenunwürdig gewesen. Nur durch die Hilfe von Freiwilligen kann die Situation nun bewältigt werden. Das Zeltlager soll nun jedoch nächste Woche geschlossen werden, da das Nicht-Handeln der Behörden nicht weiter unterstützt werden soll. Die Initiatoren und Helfer wollen so die Regierung unter Druck setzen, schnellstmöglich zu handeln. Ein Zeichen setzte die belgische Gesellschaft auch am 28. September als circa 15.000 Menschen in Brüssel für mehr Solidarität mit den Flüchtlingen demonstrierten.

Dagegen hat auf der anderen Seite die Diskussion um schärfere Grenzkontrollen in Belgien stark zugenommen. So befürworten 74,3 Prozent der Belgier schärfere Maßnahmen und strengere Kontrollen an den Grenzübergängen zu ihrem Land, um die Flüchtlingskrise besser im Griff haben zu können. Staatssekretär für Asyl Francken droht angesichts der unzureichenden Kontrollen der externen Grenzen die Wiedereinführung interner Grenzkontrollen an.

In den sozialen Medien wird das Thema zurzeit ebenfalls viel diskutiert. Auf den Nachrichtenseiten häufen sich unter Artikeln zur Migration negative wie positive Kommentare. Die Anteilnahme an der öffentlichen Diskussion ist nicht nur in Politik und Medien sondern auch in der Gesellschaft groß. Da der belgische Staat in seiner finanziellen Unterstützung für Flüchtlinge im Vergleich zu Deutschland eher zurückhaltend ist – der wöchentlich zur Verfügung gestellte Betrag für in Flüchtlingszentren lebende Erwachsene beträgt gerade einmal EUR 7,40 – muss die großherzige private Initiative vieler Bürger hervorgehoben werden. Radikale Meinungen zur Flüchtlingsthematik halten sich im Internet zumindest auf den Portalen der großen Zeitungen des Landes, wie *La Libre* oder *Le Soir* in Grenzen. Auch auf der Facebook-Seite des belgischen Pegida-Ablegers mit über 1.400 Abonnenten ist der Diskussionston zur aktuellsten Flüchtlingswelle gemäßigt.

In den Blickpunkt ist allerdings die Stadt Vilvoorde, nördlich von Brüssel, geraten, in der islamistische Radikale syrische Flüchtlinge bedrohen und sie dafür beschimpfen, dass sie geflohen sind, statt an der Seite des Islamischen Staates für die Errichtung eines Islamischen

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Kalifats in ihrer Heimat zu kämpfen. Der Bürgermeister von Vilvoorde bezeichnete die Situation als sehr explosiv. Er könne die Sicherheit der syrischen Flüchtlinge nicht gewährleisten.

Neben Belgien werden auch die beiden anderen Benelux-Staaten nicht von der Flüchtlingskrise verschont. Der luxemburgische Premier Xavier Bettel sagte jüngst, die Flüchtlingsproblematik könne eine der größten Herausforderungen für die luxemburgische Ratspräsidentschaft werden. Er plädierte für eine rasche Erstellung einer einheitlichen europäischen Liste mit sicheren Herkunftsländern. Falls es hier auf europäischer Ebene keine Einigung gebe, werde Luxemburg gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden aktiv werden und eine eigene Liste erstellen. Weiter betonte Bettel, dass Asylanträge schneller bearbeitet werden müssten und Nicht-Asylberechtigte zügig wieder abgeschoben werden sollen. Auch Luxemburg wird sich, ebenso wie Belgien und die Niederlande, dafür einsetzen, dass Asylbewerber vermehrt in Privatunterkünften untergebracht und somit besser in die Gesellschaft integriert werden.

Im Nachbarland Niederlande gilt die Asylpolitik als eine der strengsten in Europa. Menschenrechtler kritisieren, dass es kaum rechtliche Möglichkeiten für eine Duldung von Flüchtlingen, deren Asylantrag abgewiesen wurde, gibt. Die Betroffenen müssen das Land innerhalb von 28 Tagen verlassen. Die Frist kann auf zwölf Wochen verlängert werden, danach gilt man als „Illegaler“. Mit dieser Asylpolitik versucht die niederländische Regierung Migranten abzuschrecken. Dennoch waren es bis Ende Juli 2015 bereits 26.600 Personen, die als Asylbewerber ins Land kamen – im Vergleich zu rund 25.000 Personen im gesamten vergangenen Jahr. Wie in den Nachbarstaaten kommt der Großteil (38 Prozent) aus Syrien.

Auch die Aufenthaltsbedingungen für Asylbewerber in den Niederlanden werden von Menschenrechtlern stark kritisiert. Während des Asylverfahrens leben die Schutzsuchenden in Auffangzentren, wo sie Verpflegung, Taschengeld und medizinische Betreuung erhalten. Wird der Antrag abgelehnt, erhalten sie als „Illegale“ nur noch eine Minimalversorgung: Sie dürfen in einem Schlafsaal übernachten, erhalten ein Frühstück und müssen dann auf die Straße. Wer selbst bei diesen Lebensbedingungen nicht in sein Heimatland zurück will, verliert auch diese Unterstützung und muss ohne Unterkunft und Nahrung auskommen. Die sozialliberale Koalition will die Zahl der Notunterkünfte zudem deutlich reduzieren: Ab November soll es diese nur noch in den fünf größten Städten geben. Die Befürchtungen vieler Politiker, an der holländischen Küste könnte sich ein „zweites Calais“ ereignen, wurden bisher nicht erfüllt.

#### *Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien*

Der Populist und Parteichef der größten belgischen Partei Neufälämische Allianz (N-VA), Bart De Wever, forderte, dass anerkannte Flüchtlinge nur eingeschränkte Ansprüche auf staatliche Sozialleistungen haben. Die Einführung eines solchen Sonderstatus ist durch Völkerrecht und EU-Recht jedoch ausgeschlossen. Darüber hinaus kritisierte De Wever die europäische Asylpolitik und fordert eine strengere Überwachung der Grenzen. Die sozialistische EU-Abgeordnete Kathleen Van Bremot reagierte auf die Äußerungen und kritisierte, dass De Wever jedem Flüchtling unterstelle, ein Krimineller und Terrorist zu sein: „So schafft man ein Klima, in dem Bürger Flüchtlingsheime belagern, wie wir das zuletzt in Deutschland erlebt haben“, sagte Frau van Bremot weiter.

Auch die frankophonen Sozialisten und die Grünen kritisierten die Äußerungen De Wevers und warfen ihm vor, ein politisches Spiel auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen sowie Bürger zweiter Klasse zu schaffen.

Die Christdemokraten CD&V wiesen die Bewertung De Wevers ebenfalls zurück und plädierten für eine umgehende Abweisung der Anträge von Wirtschaftsmigranten. Anerkannte Flüchtlinge sollten hingegen als Bürger Belgiens integriert werden. "Wir unterstützen eine strikte, aber menschliche Asylpolitik. Anträge von Wirtschaftsmigranten sind abzulehnen. Die Situation derer, die den Flüchtlingsstatus erhalten, ist anders: Menschen die vor Krieg

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

fliehen und um ihr Leben fürchten, haben das Recht auf Sicherheit in unserem Land“, sagte die CD&V-Abgeordnete Nahima Lanjri.

Für Unmut sorgten die Äußerungen der flämischen Nationalisten „Vlaams Belang“. Sie fordern eine Schließung der Grenzen und die Überarbeitung der Genfer Flüchtlingskonventionen.

In Luxemburg erarbeiteten die oppositionellen Christdemokraten der CSV einen 6-Punkte-Plan. Dieser sieht die Gründung eines interministeriellen Ausschusses vor, der alle Aufgabenbereiche (Unterbringung, Beschulung, Integration) abdeckt sowie ferner die personelle Aufstockung zuständiger Behörden, die Einbürgerung von Asylbewerbern, deren Verfahren sich bereits über mehrere Jahre erstrecken, eine Bestandsaufnahme hinsichtlich leer stehender öffentlicher Gebäude, hinsichtlich einer Erstunterbringung und die Eingliederung anerkannter Flüchtlinge in den luxemburgischen Arbeitsmarkt. Zudem versprach der CSV-Fraktionschef Claude Wiseler die Zusammenarbeit mit der Regierung und erklärte, dass bei solch einer Krise Parteipolitik nicht angebracht sei.

Der niederländische Premierminister Mark Rutte ist grundsätzlich bereit, sich an die von Brüssel vorgeschlagene Quotenregelung zu halten, demnach würden die Niederlande 2.047 Flüchtlinge aufnehmen, 5,12 Prozent der Flüchtlinge in der EU. Rutte betont, dass sich niemand aus der Verantwortung stehlen dürfe, weswegen die Niederlande ihre Kräfte mit Deutschland, Belgien und Frankreich bündeln wollen. Eine Umfrage ergab, dass 42 Prozent der niederländischen Wähler gegen den Verteilungsplan aus Brüssel sind, 48 Prozent dafür. Nicht nur die Gesellschaft ist gespalten, auch die Politik muss versuchen, unterschiedliche Meinungen unter einen Hut zu bringen: Die Rechtsliberalen um Rutte versuchen mit ihrer vorsichtigen Haltung, nicht noch mehr Wähler an die Rechtspopulisten von Geert Wilders zu verlieren. Dieser bezeichnete die Brüsseler Asylpolitik als „Wahnsinn“ und möchte die Grenzen für Flüchtlinge schließen. Des Weiteren betont er, dass politische Entscheidungen von den Niederlanden und nicht von der Europäischen Union getroffen werden sollen. Die mit Rutte koalierenden Sozialdemokraten hingegen plädieren seit langem dafür, das Asylproblem auf europäischer Ebene zu lösen.

*Wie wird der Umgang mit Migration / Integration in Deutschland bewertet?*

Die Berichterstattung über die Migrationsproblematik in Deutschland ist in Belgien ausführlich. Während die belgischen Medien in den vergangenen Wochen noch über die große Hilfsbereitschaft der Deutschen berichteten, stehen nunmehr die Kapazität der deutschen Flüchtlingsaufnahme sowie die innerpolitische Auseinandersetzung um das Thema im Vordergrund. Die Berichterstattung über die Willkommenskultur in Deutschland ist einer Fokussierung auf die Debatte um die Probleme hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung (mit der in vielen Unterkünften aufflammenden Gewalt und der ins Land getragenen sozio-religiösen Konflikte verschiedener Migrantengruppen) gewichen. Ein weiterhin präsent Thema ist die Suche nach Schleusern entlang der gemeinsamen Deutsch-Belgischen-Grenze. Von Januar bis Juli dieses Jahres konnten bereits 47 Schleuser an dieser Grenze gefasst werden. Zehn weitere wurden an der niederländischen Grenze gestellt.

Die Gewalt gegen Flüchtlinge in Deutschland ist in den Niederlanden und in Luxemburg weiterhin ein Thema in den Medien, wobei allerdings nun eben auch die in den Flüchtlingsheimen selbst auftretenden Gewaltproblematiken aufgegriffen werden. Die verschiedenen aufeinandertreffenden Kulturen und die aus den Krisengebieten eingeführten sozio-ethnischen und religiösen Konflikte mehren sich, wie etwa zuletzt bei einer stundenlangen Massenschlägerei in einem Hamburger Flüchtlingslager, was ebenfalls Teil der Berichterstattung in Benelux war.

*Gibt es in den BeNeLux-Ländern eine „Willkommenskultur“?*

In Luxemburg wurde die private Initiative „Refugees Welcome to Luxemburg“ Mitte August ins Leben gerufen. Die Facebook-Seite hat mittlerweile mehr als 8.000 Unterstützer. Auf der

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Internetseite werden Ideen und Vorschläge zum Umgang mit Flüchtlingen und zur Integration gesammelt. Des Weiteren wird konkrete Hilfe organisiert, sodass man den Flüchtlingen den Start im Großherzogtum auch konkret und via sozialer Medien erleichtert. Eine vergleichbare Initiative findet sich mit noch wesentlich höherem Zuspruch in Belgien, wo die entsprechende Facebook-Seite einen Zuspruch von rund 27.000 Unterstützern zählt.

#### *Umgang der Behörden mit den steigenden Flüchtlingszahlen*

In Belgien fördert die Organisation „Flüchtlingswerk Flandern“ von der Regierung neue Initiativen, um den steigenden Flüchtlingszahlen Herr zu werden und die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Des Weiteren sollen, geht es nach der Organisation, Bedingungen geschaffen werden, die eine Beherbergung von Flüchtlingen in Privathaushalten fördern. Laut „Flüchtlingswerk Flandern“ steigt die Zahl derer, die sich bei der Organisation melden und eine Unterkunft anbieten derzeit. Noch kann man davon sprechen, dass die Lage, wenn auch angespannt, so doch unter Kontrolle ist. Die Flüchtlingszahlen steigen jedoch von Woche zu Woche, sodass es vergangene Woche bereits 1.000 Personen waren, die an einem Tag vor der Registrierungsbehörde warteten. Vorletzte Woche waren es nur rund 600 Flüchtlinge gewesen, die darauf warten, ihren Asylantrag stellen zu können. Sollte die Zahl derer, die in Belgien Asyl beantragen in diesem Maße ansteigen, müsste die Regierung schnelle Handlungsfähigkeit beweisen.

Die niederländische Regierung rief eine Arbeitsgruppe zur Flüchtlingskrise ins Leben. Premierminister Mark Rutte will sich nicht auf eine numerische Flüchtlingshöchstgrenze festlegen und verlangt insbesondere von den mitteleuropäischen Ländern mehr Engagement hinsichtlich der Aufnahme von Asylbewerbern. Außerdem fordert er eine Garantie für die Umsetzung der Dublin-II- und -III-Abkommen. Insbesondere Italien und Griechenland seien auch weiterhin für die Registrierung der Asylbewerber zuständig. Diese Einschätzung wurde noch einmal auf dem EU-Sondergipfel bestätigt, als Griechenland und Italien die Einrichtung von „Hotspots“ für die Erstregistrierung und Verteilung der Flüchtlinge zusicherten.

Wie bereits die Niederländer hat auch die Regierung in Luxemburg eine Arbeitsgruppe gegründet, um den aktuellen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Laut Premier Bettel ist Luxemburg bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Wichtig sei ihm, keine Flüchtlings-Ghettos zu errichten, sondern die Menschen zu integrieren, beispielsweise durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für Flüchtlinge.

### **Bosnien und Herzegowina**

*Dr. Karsten Dümmel (29.09.2015)*

Die große Anzahl der Flüchtlinge ist täglich eines der Hauptthemen in den Medien. Die Nachrichten beschäftigen sich damit vor allem vor dem Hintergrund der Nachbarländer Serbien Mazedonien, Ungarn. In Bosnien und Herzegowina wird das Thema durchweg als „Flüchtlingskrise“ dargestellt. Im Land selbst steigen die Flüchtlingszahlen nicht bzw. es ist kein Flüchtlingsstrom aus dem Nahen Osten zu verzeichnen, auch kein verstärkter Transit.

Bosnien und Herzegowina ist kein Zielland für Migranten. Auf Grund des Kriegs von 1992-1995 zeigen die Bürger viel Empathie mit den Flüchtigen. Das Thema ist deshalb so relevant, da während des Krieges 2,2 Millionen Menschen aus Bosnien und Herzegowina (50 Prozent der Bevölkerung) als Flüchtlinge ähnliche Schicksale erlitten. 1,2 Millionen flohen damals ins Ausland. 1,0 Millionen blieben als Binnenflüchtlinge und irrten durchs Land. 400.000 von den 1,2 Millionen Flüchtlingen kamen nach Deutschland, davon blieben etwa 220.000 im Land und kehrten nicht wieder zurück. Die aktuelle Lage wird daher häufig mit der eigenen Situation von damals verglichen. Die derzeitige (deutsche) Politik im Umgang mit den Flüchtlingen wird von den Menschen auf der Straße häufig als verlogen und typisch westeuropäisch gesehen. So hört man u.a.: „Keine einheitlichen Entscheidungen in Europa.“